

**Programm**

**Zweitausendelf**

*Stark für Bremerhaven.*

**FDP**

Bremerhaven

[fdp-bremerhaven.de](http://fdp-bremerhaven.de)

**Liberalismus ist die maximale Freiheit des Einzelnen,  
die erst da endet, wo die Freiheit des Nächsten eingeschränkt wird.**

–

**Programm der FDP Bremerhaven  
zur Bürgerschafts- und Kommunalwahl 2011**

# Inhalt

<b>Mehr Bürgerbeteiligung</b> .....	<b>7</b>
Erhöhung der Transparenz der Seestadt-Politik.....	7
Verfassungsreform: Direktwahl des Oberbürgermeisters, Stärkung der Elemente Bürgerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid .....	7
Humanitäre Ausländerpolitik .....	8
Politik für die Jugend mit der Jugend.....	9
<b>Starke Stadtteile</b> .....	<b>10</b>
Die Stadtteile müssen bürgernah werden .....	10
Die Stadtteile müssen lebendiger werden.....	11
Touristische Weiterentwicklung .....	11
Die Stadtteile und Verkehrswege müssen saniert werden.....	11
Alle Stadtteile müssen sauberer, grüner und damit insgesamt wieder schöner werden. ....	11
Die Stadtteile müssen kommunikativer, nachbarschaftlicher und kulturell lebendiger werden. ....	12
Die Stadtteile brauchen Sportanlagen.....	12
Wohngebiete müssen vor Lärm geschützt werden.....	12
Die Stadtteile müssen sicherer werden. ....	12
<b>Nachhaltige und ökologische Verkehrspolitik</b> .....	<b>13</b>
<b>Bremerhavens Zukunft – starke Bildung!</b> .....	<b>15</b>
Vor der Schule .....	16
Individuelle Schulen statt Einheitsschule .....	17
Wahlfreiheit für Eltern und Schüler.....	17
Budgetfreiheit für die Schulen.....	17
Personalfreiheit für die Schulen .....	18
Gestaltungsfreiheit für die Schulen .....	18
Trägerschaftsfreiheit für die Schulen .....	18
Ganztagsschule.....	19
Außerschulische Bildung.....	19
Mehr Eigenverantwortung für die Hochschule .....	20
Berufsausbildung .....	20
Lebenslanges Lernen – z.B. mit der Volkshochschule.....	21

<b>Kultur braucht Freiheit – Bremerhaven braucht Kultur</b> .....	<b>21</b>
Kultur ist Leben.....	21
Kultur von allen.....	22
<b>Sport stärken</b> .....	<b>23</b>
<b>Gesundheit verbessern, fördern und sichern</b> .....	<b>23</b>
Stationäre und ambulante Versorgung .....	24
Versorgung psychisch Kranker und Kinder in Krisensituationen .....	24
Pflegebedürftigkeit .....	25
Sterbebegleitung / Hospize .....	26
Drogen .....	26
Förderung des Gesundheitsbewusstseins .....	27
<b>Zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik</b> .....	<b>27</b>
<b>Menschen mit Behinderungen fördern</b> .....	<b>28</b>
<b>Politik für und mit Senioren</b> .....	<b>28</b>
<b>Starke Finanzen und eine starke Wirtschaft</b> .....	<b>29</b>
Weniger Bürokratie .....	29
Solide Finanzen .....	30



## Mehr Bürgerbeteiligung

Die FDP Bremerhaven steht für mehr direkte Demokratie, mehr Transparenz und eine lebendige Stadt. Die FDP steht für Freiheit in Verantwortung. Die Politik in Bremerhaven ist nicht für die Parteien da, sondern für die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt. Notwendig ist deshalb eine Politik, die sich auf den Weg macht, Vertrauen zurück zu gewinnen. Wir wollen erreichen, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr Einfluss auf die Politik bekommen.

Wir fordern daher ein/eine:

### ***Erhöhung der Transparenz der Seestadt-Politik***

Wer durchschaut schon wirklich den Verlauf und die Wirkung politischer Entscheidungen in Bremerhaven? Die FDP tritt dafür ein, dass jede Bürgerin und jeder Bürger dieser Stadt auf Entscheidungen Einfluss nehmen und sie nachvollziehen kann. Derzeit ist das fast unmöglich: Verfügungen werden entweder von der sozialdemokratischen Koalition aus SPD und CDU hinter verschlossener Tür getroffen oder gleich an eine der unzähligen städtischen Gesellschaften ausgelagert und somit der Politik und der Öffentlichkeit vorenthalten. Hinterher weiß niemand mehr so genau, warum was zu welchem Ergebnis geführt hat. Dadurch kann niemand – keine Partei, keine Fraktion und auch kein einzelner Stadtverordneter – mehr vom Bürger zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen für die kommunale Politik ein Höchstmaß an Offenheit und Transparenz. Politik muss wieder dort stattfinden, wo sie in einer Demokratie hingehört: im Parlament. Entscheidungen müssen wieder in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen und anschließend von der Verwaltung ausgeführt werden.

Gleichzeitig gibt es eine Vielzahl von Funktionen, die derzeit von der Verwaltung oder einer ihrer Gesellschaften wahrgenommen werden, die originär in private Hände gehören. Wir fordern daher echte Privatisierungen, die sowohl zu mehr Transparenz als auch zu immensen Kosteneinsparungen – und damit zu weniger Steuerverschwendungen – führen. Der ganze Konzern Bremen/Bremerhaven mit seinen vielen Gesellschaften und der Verwaltung muss einer kritischen Betrachtung unterzogen werden mit dem Ziel, eine transparente, demokratische und kostengünstige Struktur zu erreichen.

### ***Verfassungsreform: Direktwahl des Oberbürgermeisters, Stärkung der Elemente Bürgerantrag, Bürgerbegehren, Bürgerentscheid***

Die Magistratsverfassung in ihrer jetzigen Form halten wir für überholt. Sie ist wenig schlagkräftig und zu undurchsichtig. Wir sind daher für eine grundlegende Verfassungsreform. Es geht dabei im Wesentlichen um drei Dinge: um eine Reform der politischen Strukturen, um mehr Einflussmöglichkeiten des Wählers – auch zwischen den Wahlen – und um eine Entrümpelung der Verfassung. Unsere Hauptforderungen: die Direktwahl des Ober-

bürgermeisters durch die Bürgerinnen und Bürger der Seestadt, eine Verwaltungsspitze mit vier hauptamtlichen Dezernenten, die vom Oberbürgermeister vorgeschlagen und von der Stadtverordnetenversammlung für die Dauer einer Wahlperiode gewählt werden und eine deutliche Ausweitung der Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger. Dazu sollen folgende Instrumente eingeführt bzw. ausgebaut werden:

Mit einem Bürgerantrag können die Einwohner beantragen, dass die Stadtverordnetenversammlung sich mit einem Thema befasst und darüber entscheidet. Nötig sind hierfür die Unterschriften von einem halben Prozent der Einwohner. Das bisherige Verfahren „Einwohnerantrag“ nach § 15a der Bremerhavener Verfassung ist uns nicht bürgerfreundlich genug, weil die Hürden zu hoch sind.

Das Bürgerbegehren geht noch weiter und kann zu einem Bürgerentscheid führen, dem nahezu alle Angelegenheiten der kommunalen Selbstverwaltung unterworfen werden können. Der Negativkatalog muss – analog zu Bayern – entsprechend zusammengestrichen werden. Zwei Prozent der Einwohner sind notwendig, um einen Bürgerentscheid zu beantragen. Nach formaler Prüfung durch die Stadtverordnetenversammlung ist dann ein Bürgerentscheid durchzuführen.

Dazu soll das in Bremerhaven praktisch unüberwindbare Quorum (der Prozentsatz aller Abstimmungsberechtigten, die einem Bürgerentscheid zustimmen müssen) von 30 Prozent, das bisher eigentlich jeden Bürgerentscheid unmöglich gemacht hat, analog zur Schweiz auf 0 Prozent gesenkt werden. So können auch stadtteilpolitische Entscheidungen, die unter Umständen in nicht betroffenen Stadtteilen zu einer sehr geringen Wahlbeteiligung führen, von den Bürgerinnen und Bürgern getroffen werden. Auch die Fristen müssen entsprechend bürgerfreundlich gestaltet werden. Das bisherige Zustimmungsquorum bestraft politisches Engagement und belohnt Passivität. Bürgerbeteiligung, vor allem auch die Kinder- und Jugendbeteiligung, muss zukünftig bei allen relevanten Bauprojekten durchgeführt und „gelebt“ werden.

Wir meinen, die Bürgerinnen und Bürger unserer Seestadt sind fähig und willens, mehr Verantwortung und Einfluss zu übernehmen. Wir sollten ihnen dieses auch ermöglichen. Mehr direkte Demokratie führt außerdem automatisch zu mehr Transparenz – und Transparenz ist etwas, was Bremerhaven dringend nötig hat.

### ***Humanitäre Ausländerpolitik***

Das Ausländerrecht, insbesondere das Aufenthaltsrecht (AufenthG), muss umfangreich reformiert bzw. liberalisiert, verschlankt und klar verständlich werden. Die doppelte Staatsbürgerschaft soll durch Änderung des Staatsangehörigkeitsgesetzes (StAG) bei allen Ausländern möglich sein. Damit wollen wir erreichen, dass ausländische Einwohner sich besser als bisher in die örtliche Gemeinschaft integrieren, um am gesellschaftlichen und politischen Leben teilhaben zu können.

Wir unterstützen, dass ausländische Einwohner, die nicht EU-Bürger sind, spätestens nach 6 Monaten dauerhafter Wohnsitznahme in Bremerhaven einen sicheren langfristigen Aufenthaltstitel und eine Arbeitserlaubnis erhalten. Damit wollen wir erreichen, dass noch mehr ausländische Menschen aus eigener Überzeugung bereit dazu sind, sich in unsere

Gemeinschaft zu integrieren. Dazu muss es entsprechende Integrationsangebote geben. Ausländer aus nicht EU-Ländern, die einen sicheren langfristigen Aufenthaltstitel sowie eine Arbeitserlaubnis besitzen und länger als drei Monate dauerhaft ihren festen Wohnsitz in Bremerhaven haben, sollen die gleichen bürgerlichen Rechte und Pflichten erhalten, wie EU-Bürger. Mit welchem Recht enthalten wir nicht EU-Ausländern das kommunale Wahlrecht vor? Mit welchem Recht ziehen wir gerade hier eine Grenze zwischen lediglich Einwohnern und Bürgern? Die FDP fordert ein kommunales Wahlrecht für alle Einwohner der Seestadt, ob EU-Bürger oder nicht. Wer die Pflicht hat, Steuern zu zahlen, soll auch das Recht haben zu wählen.

Ausländische Mitbürger sollen ausdrücklich Einfluss auf das öffentliche Leben nehmen, sich selbst einbringen und etwas gestalten können, sonst fühlen sie sich ausgegrenzt und deklariert. Das Wahlrecht für alle – in Verbindung mit der weiter oben beschriebenen Verfassungs- und Wahlrechtsreform – ist ein großer Schritt in Richtung Integration. Haben Sie mit uns zusammen den Mut, diesen Schritt zu gehen! Der Rat der ausländischen Mitbürger für die Stadt Bremerhaven (RaM) kann dann aufgegeben werden, da allen Ausländern wesentlich umfangreichere Rechte und Pflichten eingeräumt werden, mit denen sie sich am politischen und gesellschaftlichen Leben beteiligen können. Auch im Rahmen der Bürgerfragestunde sowie bei Stadtteilkonferenzen ist eine stärkere Beteiligung von Menschen ausländischer Herkunft erwünscht.

### ***Politik für die Jugend mit der Jugend***

Die heutige Jugend bildet den Kern der Gesellschaft von morgen – und die Grundlage für unsere eigene Zukunft. Jede Politik muss daher auch Politik für die Jugend sein. Sie muss generationengerecht und nachhaltig sein. Wir dürfen nicht auf Kosten nachfolgender Generationen leben. Konkrete Maßnahmen sind aus unserer Sicht eine strikte Haushaltsdisziplin, eine Umweltpolitik, die unsere natürlichen Ressourcen weitestgehend schont und natürlich die Schaffung ausgezeichneter Bildungschancen. Denn die Gesellschaft von morgen wird noch mehr eine Informations- und Wissensgesellschaft sein als es die unsere bereits ist. Bei all dieser hohen Politik darf aber auch das Lebensgefühl der Jugend nicht vergessen werden. Die Politik muss die Rahmenbedingungen dafür schaffen, dass die Seestadt Bremerhaven eine lebenswerte Stadt für Jugendliche wird und bleibt. Dazu zählen Freizeit und Kultur, aber auch eine Infrastruktur, die Verkehrsteilnehmer ohne Führerschein und Auto ausreichend berücksichtigt. Zudem gibt es städteplanerisch eine Vielzahl von Möglichkeiten, die Attraktivität für Heranwachsende zu erhöhen: Spiel-, Sport- und Freizeitplätze, Grünflächen, Integration von jugendnaher Infrastruktur in Wohngebiete. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen muss in der Verfassung verpflichtend verankert werden.

## Starke Stadtteile

Die FDP Bremerhaven steht für eine l(i)ebenswerte Stadt mit starken und sicheren Stadtteilen mit hoher Lebensqualität. Stadtteile leben von einer dichten und pulsierenden Mischung aus Arbeit, Wohnen, Nahversorgung, Kultur und Freizeit. Wir sehen diese über Jahrzehnte gewachsene Lebenskultur in Bremerhaven stark gefährdet. Mangelnde Infrastruktur sowie ein zunehmend ungepflegtes Wohnumfeld vieler Stadtteile sind das Ergebnis jahrelanger städtebaulicher Gettoisierung und Vernachlässigung, wodurch die Attraktivität vieler Stadtteile verloren geht. Auch die zunehmende Konzentration städtebaulicher Maßnahmen und des Einzelhandels auf einzelne Projekte und Standorte – wie von der großen Koalition betrieben – bedroht die Stadtteile. Wir sehen die Gefahr, dass unsere Stadtteile zu reinen Wohn- oder gar Schlafstandorten verkommen. Durch eine solche Entwicklung ginge verloren, was einen lebenswerten Stadtteil ausmacht: die positiv besetzte Identifikation der Bewohnerinnen und Bewohner mit ihrem Quartier, mit ihrem Wohnumfeld.

Der Einwohnerschwund hat darüber hinaus in einigen Vierteln zu einer gefährlichen Polarisierung geführt. Mit baulichen Sanierungen allein ist es deshalb nicht mehr getan. Wohnungssuchende orientieren sich bei der Auswahl ihres Wohnortstandortes immer weniger an Stadt- oder Landesgrenzen, sondern in erster Linie an Qualitäts- und Preiskriterien. Vor diesem Hintergrund erklären sich auch die Einwohnerverluste an die niedersächsischen Umlandgemeinden.

Unser Ziel für die kommenden Jahre ist es, die Seestadt – besonders auch für Familien und Senioren – wieder attraktiv zu machen und das Image der Wohnviertel in Bremerhaven so zu verbessern, dass sich die Bürgerinnen und Bürger wieder in ihrem Stadtteil wohl fühlen und es wieder vorziehen, in Bremerhaven anstatt in den Umlandgemeinden zu wohnen. Wir wollen das Engagement der Bürgerinnen und Bürger wecken und ihnen die Chance geben, sich bei der Entwicklung ihres Stadtteils aktiv einzubringen.

Im Mittelpunkt stehen für uns folgende Grundsätze:

### ***Die Stadtteile müssen bürgernah werden***

Bremerhaven verfügt über gut organisierte, aktive Stadtteilkonferenzen und Bürgervereine. Sie wissen um die Probleme und Bedürfnisse der dort lebenden Menschen und setzen sich engagiert für Veränderungen ein. Wir setzen uns außerdem dafür ein, dass jeder Stadtteil ein Bürgerbüro erhält – auch der Bremerhavener Süden.

Wir wenden uns gegen die Vermeidung und Verzögerung baulicher Maßnahmen durch schlecht bestellte Ausschreibungen und dubiose bzw. einseitige Vergabepraktiken. Deshalb wollen wir besonders die Stadtteilkonferenzen stärken und ihnen mehr Entscheidungsrechte in Angelegenheiten von Stadtteilentwicklung, Verkehr, Kultur und Soziales geben. Dazu gehört auch, dass wir die Identität der Stadtteile mit einem entsprechenden Marketing ausbauen und fördern und in Stadtmarketing-Maßnahmen einbinden werden.

Die BIS kommt ihrer Aufgabe trotz stetiger Mitarbeitervermehrung bisher leider überhaupt nicht nach.

### ***Die Stadtteile müssen lebendiger werden***

Die Arbeitsplätze müssen erhalten und neue geschaffen werden. Wir setzen uns für die lokale Ökonomie, besonders was den Einzelhandel und das Handwerk für die im Stadtteil lebenden Menschen anbelangt, ein. Wir wenden uns gegen den planlosen Bau von weiteren Einkaufszentren, um weiteren Leerständen im Einzelhandel entgegenzuwirken. Wir möchten das Einzelhandelsentwicklungskonzept bis Kapitel 10, ohne das fragwürdige Zusatzkapitel, umsetzen. Das aktuelle Konzept zur Bebauung des Wilhelm-Kaisen-Platzes und die Ideen zur Bebauung des Phillips-Fields lehnen wir ab.

### ***Touristische Weiterentwicklung***

Nach Fertigstellung der Havenwelten dürfen wir uns nicht ausruhen. Unsere Attraktionen müssen weiterentwickelt werden, um ihre Attraktivität nicht zu verlieren. Wichtige Investitionen für das Schiffahrtsmuseum dürfen nicht auf die lange Bank geschoben werden. Das Schaufenster Fischereihafen muss ebenso weiterentwickelt und in das Gesamtkonzept bzw. die Vermarktung mit einbezogen werden. Ferner sind wir für eine optische und logistische Verbindung der touristischen Zentren Schaufenster Fischereihafen und Havenwelten Bremerhaven. Auch die Stadtteile können und sollten in die touristischen Konzepte integriert werden. Die Freigabe der Öffnungszeiten an allen Sonntagen halten wir in diesem Zusammenhang für selbstverständlich.

### ***Die Stadtteile und Verkehrswege müssen saniert werden***

Im Sinne einer nachhaltigen Stadtentwicklung müssen die Stadtteile und die eventuell vorhandenen innerstädtischen Brachen sinnvoll saniert bzw. reaktiviert werden. Das Prinzip der Wächterhäuser bildet hier einen guten Übergang. Grundsätzlich sind bei der Sanierung des Verkehrsraums die Bedürfnisse aller Verkehrsteilnehmer zu berücksichtigen. Die Zeit einer Verkehrsplanung, die sich nur auf das Auto konzentriert ist außerhalb unserer Stadt schon seit Jahrzehnten vorbei. „Shared Space“, von den Grünen in Bremen jüngst verhindert, sollte die Verkehrsplanung der Zukunft sein.

### ***Alle Stadtteile müssen sauberer, grüner und damit insgesamt wieder schöner werden***

Auch in Punkto Grünflächen und Sauberkeit bildet Bremerhaven ein bundesweites Schlusslicht. Traurig für eine Stadt, die mit Einwohnerverlusten kämpft und auf Tourismus setzt. Die Begrünung von Gebäuden und zusätzliche Baumpflanzungen werden wir verstärkt fördern. Brachliegende ungenutzte Flächen, für die es keine Verwendungsmöglichkeit gibt, müssen begrünt werden. Die vorhandenen Grünflächen, wie auch das Straßenbegleitgrün, müssen nachhaltiger und ganzjährig gepflegt werden. Dafür werden wir die Stadtpflege intensivieren. Auch der Bereich der Havenwelten muss zusätzlich begrünt werden. Wir wollen Konzepte entwickeln einen durchgängigen Grünstreifen, nutzbar

für Fußgänger und Radfahrer, als grüne Lunge und grünen Gegenpol zur alten B6 durch die gesamte Stadt zu realisieren. Vermüllung, Hundekot, Graffiti und wucherndes Grün wollen wir zügig beseitigen lassen und Verstöße ahnden. Dazu muss die Kooperation zwischen Stadtreinigung, Stadtgrün, den Umweltämtern und den Stadtteilkonferenzen verbessert und verstärkt gemeinnützige Arbeit einbezogen werden. Die Öffnungszeiten der Grünabfall Abgabestellen müssen bürgerfreundlicher werden. Eine Giftmülldeponie gehört allerdings nicht in einen Stadtteil. Auch für das Tierheim wünschen wir uns ein nachhaltiges Konzept an einem Ort mit mehr Expansionsmöglichkeiten.

### ***Die Stadtteile müssen kommunikativer, nachbarschaftlicher und kulturell lebendiger werden***

Wir betrachten lebendige Stadtteile als Begegnungsraum, den es auszubauen gilt. Wir werden das kulturelle Engagement und die Nachbarschaftshilfe fördern. Unser besonderes Anliegen gilt dabei der Integration von Jugendlichen, Älteren und von Menschen mit Migrationshintergrund und Behinderungen.

### ***Die Stadtteile brauchen Sportanlagen***

Sportmöglichkeiten als wichtiger und fester Bestandteil der Infrastruktur erhöhen die Attraktivität eines Standortes. Da der Bedarf, in der Freizeit auf ein sportliches Angebot zurückzugreifen, steigt, setzen wir uns für eine optimierte Bereitstellung von Sportflächen und Bewegungsräumen. Das Freibad Grünhöfe als letztes Freibad in Bremerhaven ist für uns von besonderer Bedeutung. Es sollte umgehend unter Berücksichtigung nachhaltiger Konzepte saniert und zu einer ganzjährigen Fit- und Wellnessoase weiterentwickelt werden.

### ***Wohngebiete müssen vor Lärm geschützt werden***

Lärm macht krank, Lärm zerstört Lebensqualität. Auch die Kommune ist in der Verantwortung, ihre Bewohner vor Lärmbelastungen jeglicher Art zu schützen. Wir können und wollen die Bürgerinnen und Bürger Bremerhavens schützen.

### ***Die Stadtteile müssen sicherer werden***

Wir wollen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger sicher fühlen und sich in ihrer Stadt ohne Angst frei bewegen können. Dies zu gewährleisten, ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Die Polizei allein kann dies nicht leisten. Dazu gehört, dass die Zusammenarbeit aller gesellschaftlichen Kräfte und Institutionen, die im Bereich der Gewaltprävention tätig sind, weiter ausgebaut wird. Wir setzen uns für eine übergreifende Schul-, Jugend- und Sozialpolitik ein, die darauf hinwirkt, dass junge Menschen keine „kriminelle Laufbahn“ einschlagen.

Wir wollen unsere Mitbürger davon überzeugen, bei Straftaten nicht weg zu sehen, sondern umsichtig und helfend einzugreifen. Eine Bevölkerung mit Zivilcourage wird so manchen potentiellen Täter von einer Straftat abhalten können. Wir unterstützen unsere Polizei im Kampf gegen das Verbrechen. Kriminelle, vor allem Intensivtäter, sind mit

Nachdruck zu verfolgen, zu stellen und rasch zu verurteilen. Der Opferschutz steht für uns vor dem Täterschutz. Die Rechte der Opfer müssen gestärkt werden. Eine schnelle und gerechte Verurteilung von Straftätern ist Motivation für unsere gut ausgebildeten Beamten, sich den täglichen Herausforderungen zu stellen.

Wir setzen uns nach wie vor für den Erhalt der Ortspolizeibehörde mit den vorhandenen Revieren in den Stadtteilen sowie für die Vermeidung von aufgabenfremden und bürokratischen Ballast ein. Ferner sind Kontaktpolizisten als Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort unerlässlich. Eine Verbesserung der öffentlichen Sicherheit ist nur durch den Erhalt bzw. der Verbesserung der jetzigen Personalstärke der Polizei zu erreichen. Die Ausstattung der Polizei mit Ausrüstung und Technik ist auf hohem Stand zu halten und – wenn möglich – zu verbessern.

Für die Sicherheit in den Stadtteilen sorgen aber auch die Feuerwehren, ob Berufs- oder Freiwillige Feuerwehr. Sie leisten bei Bränden, Unfällen und anderen Katastrophenfällen eine hervorragende Arbeit. Ihr Einsatz ist für eine Stadt mit ihren Häfen und dem damit verbundenen erheblichen Gefahrenpotential unverzichtbar. Wir werden dieses herausragende Engagement weiter mit allen uns zur Verfügung stehenden Mitteln fördern. Dies gilt besonders für die kontinuierliche technische Modernisierung der Ausrüstung und des Fuhrparks anhand der Brand- und Rettungsmittelbedarfspläne. Wir werden die Freiwilligen Feuerwehren unterstützen, damit deren Bestand langfristig gesichert werden kann.

## Nachhaltige und ökologische Verkehrspolitik

Bremerhaven als dynamische Stadt braucht eine zielgerichtete Verkehrspolitik, bei der statt einer Abkopplung die Anbindung an nah und fern im Vordergrund stehen muss. Für den Wirtschafts- und Touristikstandort Bremerhaven ist eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur unverzichtbar, sollte Mobilität die Stadt weiter voranbringen. Deshalb ist eine gute Erreichbarkeit der Stadt ein zentraler Punkt, der uns auf dem Weg in die Zukunft begleiten sollte. Auch innerhalb Bremerhavens sollte jeder ohne Umwege zum Ziel gelangen können, ob zu Fuß, per Bus, mit dem Fahrrad oder mit dem PKW.

Nach wie vor begrüßen wir dabei ausdrücklich einen Wettbewerb der Verkehrssysteme und Verkehrsanbieter. Ziel sollte es jedoch aus unserer Sicht sein, wie sich Bremerhaven eigentlich schon bei Unterzeichnung der Charta von Aalborg verpflichtet hat "die Notwendigkeit für privaten motorisierten Verkehr zu verringern, und für alle zugängliche attraktive Alternativen zu fördern" und „den Anteil der Wege, die mit öffentlichem Nahverkehr, zu Fuß oder per Fahrrad zurückgelegt werden, zu erhöhen.“

Deshalb fordern wir:

- Die noch immer ausstehende Entwicklung eines verkehrspolitischen Gesamtkonzeptes unter Einbeziehung der stadtbremischen Häfen, das alle Verkehrsteilnehmer, das heißt Radfahrer, Fußgänger, öffentliche Verkehrsmittel, Taxen, Autos und LKW berücksichtigt, unter Beteiligung der Initiativen, Interessensverbände und Vereine, die sich mit der

Verkehrsinfrastruktur in Bremerhaven befassen.

- Die Umsetzung von Shared Space Projekten im Innenstadtbereich und urban verdichteten Gebieten.
- Umwidmung von Straßen im Innenstadtbereich zu so genannten Fahrradstraßen nach nordrhein-westfälischem Vorbild.
- Optimierung des Radwegenetzes im gesamten Stadtgebiet.
- Angebote von Fahrradstellplätzen im gesamten Stadtgebiet, vor allem aber in den Tourismusgebieten und der Stadtmitte.
- Deutliche Attraktivitätssteigerung des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV). Dazu gehören Taktverdichtungen im Busverkehr, insbesondere abends und an den Wochenenden, sowie neue Querverbindungen (z. B. Schiffdorfer Damm – Surheide – Wulsdorf). Die Einwerbung von Fördermitteln zur Einführung einer Straßen-/Stadtbahn sollte geprüft werden um noch mehr Autofahrer zum Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel zu bewegen.
- Die Einrichtung bzw. bedarfsgerechte Erweiterung von Park-and-Ride-Systemen. Sie stellen eine sinnvolle und nützliche Verbindung von Individualverkehr und ÖPNV dar. Hier müssen Standorte entdeckt, Konzepte entwickelt und Ideen verwirklicht werden.
- Taktverdichtungen auf allen von Bremerhaven ausgehenden Bahnlinien, Wiedereinführung direkter Express-Zugverbindungen nach Hannover und Hamburg. Wiederanschluss Bremerhavens an das Fernverkehrsnetz der Deutschen Bahn (z. B. ICE-Verbindung nach München) und einen Ausbau der Abend- und Spätverbindungen.
- Attraktivere, günstigere Fahrpreise für die Bahnverbindung Bremen – Bremerhaven, um einen Umstieg vom PKW zu öffentlichen Verkehrsmitteln zu erleichtern.
- Die Reaktivierung des Bahnhofes Speckenbüttel, um den Bremerhavener Norden und Langen an das Bahnnetz anzuschließen.
- Den Erhalt der Fährverbindung Bremerhaven-Blexen.
- Entlastung der Georgstraße vom LKW-Verkehr durch bauliche und verkehrslenkende Maßnahmen.
- Stärkung des Einzelhandels in den Stadtteilzentren durch bauliche und verkehrslenkende Maßnahmen.
- Die Leitung des LKW-Verkehrs durch den Fischereihafen und nicht wie bisher durch die Wulsdorfer Weserstraße.
- Die dringend erforderliche, schnellstmögliche Anbindung des Containerterminals über eine zweite Trasse, die so genannten Nordumgehung, die eine kostengünstigere, leistungsfähigere Variante zum bisher nicht finanzierbaren Hafentunnelprojekt darstellt und die Möglichkeit schafft, neue Gewerbeflächen und damit zusätzliche Arbeitsplätze anzusiedeln.
- Klare Handlungsstrukturen einer einheitlichen Hafenpolitik für sämtliche Häfen des Landes. Hoheitlich sind die Häfen der Stadt zuzuordnen, in deren geografischen Bereich sie sich befinden um die Loco-Quote zu erhöhen und das Hafen- und Gewerbegebiet sinnvoll miteinander koordinieren zu können.
- Die Erhaltung und standortgerechte Vermarktung des Flughafens Luneort, der als eine

logistische Ergänzung zu unseren Häfen, auch als Heliport, in seiner bisherigen Leistungsfähigkeit bestehen bleiben muss. Die Gründung einer gemeinsamen Betreibergesellschaft mit dem Flughafen Nordholz sollte geprüft werden.

- Den privat finanzierten Bau des Offshore- und Schwerlasthafens im Süden der Stadt.
- Sanierung der Lunebrücke zwischen Bremerhaven und Lanhausen zur Nutzung für Radfahrer und Fußgänger.

## **Bremerhavens Zukunft – starke Bildung!**

Bildungschancen sind Lebenschancen. Bildung ist unser größtes Kapital und unsere Chance für die Zukunft. Beschäftigung und Wohlstand in unserem Land hängen entscheidend vom Stand der Bildung ab. Doch zeigen die Ergebnisse nationaler wie auch internationaler Vergleichstests, dass die Qualität des Bremerhavener Bildungssystems eklatante Schwächen aufweist. Die Bildungsbürokratie ufert aus, während die Bildung selbst vernachlässigt wird. Unseren allgemein bildenden Schulen mangelt es an Effizienz und Effektivität. In den vergangenen Jahren nahm der Unterrichtsausfall an Bremerhavener Schulen massiv zu. Die Politik hat versagt: Es gibt bisher weder ausreichende Angebote für eine individuelle Förderung der Bremerhavener Kinder und Jugendlichen noch ein zukunftsfähiges Konzept für mehr Eigenverantwortung der einzelnen Schulen. Unsere Stadt versäumt es, die Kernaufgaben der Schulpolitik zu erfüllen: Bildungschancen und Chancengerechtigkeit zu gewährleisten, die Schulen ausreichend zu finanzieren und Bildungsstandards vom Elementarbereich an verbindlich zu definieren und verlässlich zu überprüfen.

Besonders ernüchternd ist, dass es in Bremerhaven kaum gelingt, Benachteiligungen aufgrund sozialer Herkunft auszugleichen. In Bremerhaven gibt es überdurchschnittlich viele Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund und, mehr als irgendwo sonst, Alleinerziehende, die zum Teil hochgradig von Armut bedroht sind. In Bremerhaven wächst jedes dritte Kind in Armut auf. Hier gilt, wie nirgendwo sonst: Armut führt zu einem schlechten Schulabschluss, ein schlechter Schulabschluss führt zu Armut – das ist ein Teufelskreis, aus dem es auszubrechen gilt. Nach jahrzehntelanger vernachlässigter und zielloser Bildungspolitik ist es nun an der Zeit für grundlegende Veränderungen mit klaren, konkreten und realisierbaren Zielsetzungen für den Unterricht, das Lernen und das soziale Verhalten. Im Ergebnis muss ein Bildungssystem stehen, das Kinder von Anfang an fördert und unterstützt, aber gleichzeitig Leistung einfordert und belohnt. Kinder und Jugendliche mit Behinderungen müssen integrativ in das System mit einbezogen werden. Das System der schulischen und außerschulischen sowie der vorschulischen Bildung muss deutlich besser finanziert und die Gelder müssen deutlich effizienter eingesetzt werden. Die Mittel müssen bei den Schülern und Schulen auch ankommen und dürfen nicht in einer überdimensionierten und unflexiblen Behörde versickern!

Wir sind gegen Einsparungen und Kürzungen im Bildungsbereich. Der derzeitige Sparwahn zeugt lediglich von kurzsichtigem Denken und Inkompetenz. Damit wird der falsche Weg beschritten. Statt auf Sparkurs setzen wir auf Investitionen in die Zukunft.

### ***Vor der Schule***

Es gilt als gesichert, dass die für die Entwicklung des Menschen besonders sensiblen Phasen bei der Geburt beginnen und in der vorschulischen sowie frühen schulischen Lebensphase liegen. Das heißt: Durch gute frühkindliche Bildung können Kindern erhebliche gesellschaftliche Vorteile erwachsen. Hierfür sind in erster Linie die Eltern bzw. die Erziehungsberechtigten verantwortlich; Kindertagesstätten müssen sie aber dabei unterstützen. Ob Neugier und Wissensdurst der Jüngsten in Kindertagesstätten frühzeitig gefördert werden, hängt aber zumeist allein vom Engagement der einzelnen Einrichtungen und der Erzieherinnen und Erzieher ab. Einheitliche Bildungsstandards oder verbindliche Förderbereiche gibt es derzeit nicht. Daher müssen Kindertagesstätten in quantitativer wie auch qualitativer Hinsicht verbessert werden, geht doch in Bremerhavener Kindertagesstätten Betreuung leider vielfach noch immer vor Bildung. Dabei sollen Kindertagesstätten die sprachlichen, motorischen und sozialen Fähigkeiten der Kinder gezielt fördern. Diverse Studien haben gezeigt, dass sich Mehrausgaben in dieser frühen Bildungsphase schon bald bezahlt machen, führen sie doch zu Minderausgaben in späteren Jahren. Eine nachhaltige Haushaltspolitik investiert in die Bildung der Kleinsten!

Die Bremerhavener FDP setzt sich daher für den Ausbau eines bedarfsdeckenden wohnortnahen Angebotes an Halbtags- wie auch an Ganztagsplätzen mit dazugehörigem Frühstück und Mittagessen, besonders auch für Kinder unter drei Jahren, ein. Dieses Betreuungsangebot kann durch den Ausbau von Familienzentren und Eltern-Kind-Treffpunkten in den Kindertagesstätten sowie durch qualifizierte Tagesmütter und -väter ergänzt werden.

Unser Ziel sind gleiche Bildungschancen für alle Kinder – von Geburt an. Deshalb sind wir für die Einführung eines **kostenlosen** Bildungs- und Betreuungsangebotes der 0-6jährigen. Es ist nicht nachvollziehbar, dass gerade dort, wo Bildung am Effektivsten eingesetzt werden kann und den größten gesellschaftlichen Nutzen erzeugt, Eltern zur Kasse gebeten werden und so insbesondere in den sozial schwachen Stadtteilen in Bremerhaven Kinder in Armut benachteiligt werden.

Außerdem muss es zukünftig in Kindertagesstätten mehrere Aufnahmetermine im Jahr geben, damit Eltern und Kinder nicht ein Dreivierteljahr auf einen Kinderbetreuungsplatz warten müssen. Die einmalige jährliche Aufnahme von Kindern ab 8 Wochen zum Ende der Sommerferien ist absurd! Darüber hinaus muss die Betreuungsintensität durch eine Begrenzung der Gruppengröße verbessert werden. Dies bedeutet für uns: eine qualifizierte Fachkraft für maximal sechs Kinder bei flexibler Gruppengröße. Es ist auch notwendig, mehr männliche Erzieher für die Tätigkeit im Elementarbereich zu begeistern. Ferner ist eine Umstrukturierung der Ausbildung mit dem Ziel der besseren Qualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher erforderlich. Dazu gehört auch eine Anpassung der Vergütung. Die Ausbildung muss neben der sozialpädagogischen Orientierung verstärkt auf die Bildungsprozesse ausgerichtet werden. Dabei kommt es besonders auf eine Verbesserung der Diagnosefähigkeit zur Feststellung von besonderen Begabungen oder Schwächen an. Nur so können Kindertagesstätten dem Anspruch einer Bildungseinrichtung entsprechen und pädagogisch hochwertige frühkindliche Bildung gewährleisten.

Um den Übergang von der Kindertagesstätte zur Schule zu erleichtern, muss die Verzahnung beider Bildungseinrichtungen verbessert werden, angefangen bei der Verwaltung durch die Verlagerung der Zuständigkeit für Kindergärten, Horte und Jugendhilfe in das Bildungsressort. Kooperationen zwischen den Kindergärten und den Schulen müssen weiter intensiviert bzw. aufgebaut werden. Neben Sprachstandserhebungen zwischen dem dritten und dem vierten Lebensjahr soll der Besuch einer Kindertagesstätte für Kinder ab dem fünften Lebensjahr zur gezielten Vorbereitung auf den Schuleintritt halbtags verpflichtend sein. Kinder mit sprachlichen Defiziten werden während dieser Zeit gezielt gefördert.

### ***Individuelle Schulen statt Einheitsschule***

Nach dem faulen Bildungskonsens der anderen Parteien will die Bremerhavener FDP den Eltern und Schulen nach skandinavischem Vorbild endlich mehr Freiheit geben. Schulen sollen ihren Aufbau und ihre Organisation künftig selbst bestimmen. Der Staat kümmert sich zukünftig hingegen ausschließlich um die Sicherstellung der Qualität und das Einhalten von Lernzielen und sorgt für eine solide Finanzierung. Eltern sollen die jeweils beste Schule zusammen mit ihren Kindern selbst wählen können. Für die Bremerhavener FDP ist entscheidend, dass jedes Kind entsprechend seinen Fähigkeiten gefordert wie auch gefördert und von motivierten Lehrern und Lehrerinnen unterrichtet wird.

Ziel muss es sein, im Bremerhavener Bildungssystem eine größtmögliche Vielfalt herzustellen und den Eltern und Schülern eine optimale Auswahl unter verschiedenen Trägern und Schulprofilen zu eröffnen.

Das System der Förderschule als „chancenlose Resteschule“ ist für uns so nicht tragbar. Kinder mit Lernschwächen werden in das Schulkonzept eingebunden, um den bestmöglichen Abschluss zu erzielen. Auch Kinder und Jugendliche mit Behinderungen müssen in den normalen Schulalltag integriert werden.

### ***Wahlfreiheit für Eltern und Schüler***

Ziel der Bremerhavener FDP ist die absolute Wahlfreiheit für Eltern und Schüler vom ersten Schuljahr an. Allein sie entscheiden, welche Schule in Bremerhaven besucht werden soll. So steigt die Identifikation der Schüler und Eltern mit „ihrer“ Schule. Noch bestehende Schuleinzugsgrenzen müssen abgeschafft werden. Der Wohnsitz darf die Auswahlmöglichkeiten für die passende Schulen nicht einschränken. Schulen, die von Eltern stark nachgefragt werden müssen erhalten bleiben und nicht durch Verschiebung der Schuleinzugsgrenzen oder Einheitsschulwahl in Frage gestellt werden.

### ***Budgetfreiheit für die Schulen***

Die Schulen können mit ihrem Geld eigenverantwortlich haushalten und entsprechend ihrem Profil und den Bedürfnissen der Schüler eigene Schwerpunkte setzen. Der Einsatz der finanziellen Mittel wird lediglich einer regelmäßigen Verwendungskontrolle durch die Schulverwaltung und den Landesrechnungshof unterzogen. Durch die Budgetfreiheit und die eigenverantwortliche Mittelverwendung werden Bremerhavener Schulen zudem

wirksam vor sachfremden Entscheidungen der Schulbürokratie geschützt. Die Schulen – öffentliche wie private – sind frei, sich neben der staatlichen Finanzierung zusätzliche Finanzquellen von Dritten zu erschließen.

### ***Personalfreiheit für die Schulen***

Die Schulen können ihr Personal selbst und nach eigenen Kriterien aussuchen, einstellen und entlohnen. Der Beamtenstatus von Lehrerinnen und Lehrern ist in einem modernen Berufsbeamtentum, welches auf seine Kernaufgaben im Rahmen der Erfüllung hoheitlicher Funktionen konzentriert wird, nicht mehr zeitgemäß. Durch die Personalfreiheit der Schulen wird sichergestellt, dass das Kollegium den Bedürfnissen der Schülerinnen und Schüler und dem individuellen Profil der Schulen entspricht. Neben Lehrerinnen und Lehrern können unter anderem auch Sozialarbeiter und Psychologen zum Kollegium gehören, da die gesellschaftlichen Veränderungen immer neue Herausforderungen darstellen, die von Pädagogen allein kaum zu bewältigen sind. Die Verantwortung für das Personal erhöht das Interesse der Schule an qualifizierten und engagierten Fachkräften und sichert die Qualität des Schulunterrichts.

### ***Gestaltungsfreiheit für die Schulen***

Welchen Weg die Schulen gehen, um die Lernziele und Standards zu erreichen, und welche pädagogischen Schwerpunkte sie setzen, entscheidet jede Schule in eigener Verantwortung. Jede Schule kann sich ein eigenes Profil geben: sei es ein mathematisches, musikalisches, künstlerisches, naturwissenschaftliches, sportliches, kaufmännisches, handwerkliches oder ein anderes. Auf diese Weise werden Individualität, Begabungen und persönliche Bedürfnisse der Schüler wesentlich stärker angesprochen und gefördert als bisher. Schüler identifizieren sich auch eher mit „ihrer“ Schule und sind so motivierter. Diese Stärkung der Eigenverantwortung und der Gestaltungsfreiheit der einzelnen Schule führt auch zu qualitativ besseren Bildungsabschlüssen und somit zu größeren Zukunftschancen für unsere Kinder.

Natürlich müssen alle Schulen eindeutige und überprüfbare Qualitätsstandards erfüllen, die mit denen anderer Bundesländer wie Niedersachsen oder auch Bayern und Baden-Württemberg vergleichbar sind. Alle Schulen beteiligen sich an Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen. Dabei müssen grundsätzlich an einer Schule die Schulabschlüsse aufeinander aufbauen. Die Durchschnittsergebnisse der staatlich vorgegebenen und kontrollierten Vergleichsarbeiten sowie von zentralen Prüfungen werden ebenso anonymisiert veröffentlicht, wie Berichte externer Evaluationen. Somit können alle Eltern und Schüler vergleichen, welche Schule bessere und welche weniger gute Ergebnisse erzielt. So herrscht Transparenz und ein gesunder Wettbewerb!

### ***Trägerschaftsfreiheit für die Schulen***

Die Schulen erhalten zukünftig zur Finanzierung ihrer Aufgaben nicht mehr nur das, was der jeweilige Bildungssenator mit dem Finanzsenator gerade aushandeln konnte. Zukünftig soll jede Schule pro Schüler einen festen Betrag erhalten. Dieser Betrag orientiert sich

an den durchschnittlichen Kosten, die einer Schule pro Schüler entstehen. Hierbei werden die spezifischen Kosten einer bestimmten Jahrgangsstufe, des Bildungszweiges, aber auch das soziale Umfeld und der bauliche Zustand einer Schule berücksichtigt.

Das Entscheidende ist: Auf diese Weise wird jede Schule verlässlich und voll finanziert, unabhängig davon, ob der Schulträger öffentlich (Stadt Bremerhaven) oder privat (Stiftung, Verein, Glaubensgemeinschaft oder andere) ist. Das Besondere: Wenn eine Schule in freier Trägerschaft diese Art von Vollfinanzierung durch den Staat wählt, muss sie - wie staatliche Schulen - auf Schulgebühren für Eltern bzw. Schüler verzichten. Der Vorteil: Hierdurch wird jedem Kind, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, der Zutritt zu einer Schule in freier Trägerschaft ermöglicht.

### ***Ganztagschule***

Eine moderne Schule muss sich auch den Bürgern anpassen und mit verbesserten Rahmenbedingungen - stärker als bislang - den gegenwärtigen Arbeitsprozessen und der Lebenswirklichkeit berufstätiger Eltern und Alleinerziehender Rechnung tragen. Das bedeutet, dass ein bedarfsgerechter Ausbau des Angebotes an verlässlichen offenen, teilgebundenen und vor allem gebundenen Ganztagschulen unbedingt erfolgen muss. Die offenen Ganztagschulen dürfen dabei nur eine Übergangsphase darstellen. Ganztagschulen in Bremerhaven müssen in Zukunft auch die Essensversorgung nicht nur angesichts der steigenden Zahl von Kindern, die hungrig in die Schule gehen, sondern auch im Hinblick auf die Bedingungen im modernen Schulalltag sichern. Schulmahlzeiten sind schon jetzt unentbehrlich und werden zukünftig noch wichtiger. Daher müssen diese Mahlzeiten kostenlos für alle Schüler sein. Sie können auch zusätzlich für Unterricht, zum Beispiel in Lebensmittelkunde und -verarbeitung, genutzt werden.

### ***Freiheit statt Bürokratie, Vielfalt statt Gleichmacherei, Verantwortung statt Bevormundung***

Die FDP im Land Bremen steht für Vielfalt, Individualität und Eigenverantwortung. Mit der Bürgerschule wollen wir Schulen, Schülern und Eltern mehr Freiheit geben und für Bildungsgerechtigkeit sorgen.

### ***Außerschulische Bildung***

Um sich zu entwickeln, brauchen Kinder und Jugendliche Anlaufpunkte für Beratung und Unterstützung, wenn z.B. Problem auftreten. Dazu sind feste Bezugspersonen in der Jugendhilfe notwendig.

Wir fordern deshalb:

- Die Erstellung und Umsetzung eines umfassenden Jugendhilfeplans sowie die Einrichtung einer unbefristeten Jugendhilfeplaner-Stelle zur Koordination der vielfältigen Aufgaben.
- Wir schätzen die ehrenamtliche Tätigkeit in der Jugendarbeit. Um Anreize für die Ausübung zu schaffen, fordern wir wie in anderen Städten bereits üblich, Sonderkonditionen beim Besuch öffentlicher Einrichtungen wie z.B. von Schwimmbädern zu schaffen.

### ***Mehr Eigenverantwortung für die Hochschule***

Das Land Bremen besitzt eine Vielzahl von zukunftsfähigen Wissenschaftsbereichen und eine viel versprechende Forschungslandschaft, die es gezielt auszubauen gilt. Die Hochschul-Sparpläne halten wir für erschreckend kurzsichtig und lehnen sie deshalb ab.

Ebenso wie die Schulen muss künftig auch die Hochschule Bremerhaven die Möglichkeit bekommen, noch mehr Entscheidungen selbstständig zu treffen. Hierfür müssen schnellst möglich die Rahmenbedingungen geschaffen werden. Nur eine eigenständige Hochschule kann sich langfristig gegenüber dem zunehmenden Wettbewerb der Hochschul- und Universitätslandschaft behaupten. Wir wollen die Hochschule als Standortfaktor stärken und begrüßen eine weitere Steigerung der Studentenzahlen. Die in den nächsten Jahren erwarteten steigenden Studierendenzahlen sollten daher nicht als Belastung, sondern als Chance begriffen werden. Bremerhaven braucht mehr Absolventen, insbesondere in den Natur- und Ingenieurwissenschaften. Die gute Zusammenarbeit der Hochschule mit den Schulen ist gilt es zu fördern, um schon früh das Interesse der Schülerinnen und Schüler an der akademischen Ausbildung zu erwecken. Kein Talent darf verloren gehen. Ein Studentenanteil in Bremerhaven von fast 10 Prozent – ähnlich wie in Oldenburg – ist durchaus erstrebenswert.

Damit sich der positive Trend der Hochschule fortsetzt, fordern wir:

- Keine weiteren Kürzungen der Mittel.
- Eine langfristige Anhebung des Anteils der Landesmittel für Bremerhaven auf 20 Prozent.
- Mehr Autonomie für die Hochschule bei der Festlegung der Studentenzahlen, bei der Auswahl der Studenten, bei der Akkreditierung von Studiengängen, bei der Einstellung ihres Personals und bei ihrer Organisationsform.
- Solange es kein funktionierendes Stipendiensystem gibt, sollten Studiengebühren im Erststudium nicht erhoben werden, um sozial Schwächere nicht zu benachteiligen.

### ***Berufsausbildung***

Kein anderer Bildungsbereich ist inhaltlich und zeitlich so eng an den Arbeitsmarkt gekoppelt wie die berufliche Ausbildung. Sie darf deshalb nicht vernachlässigt werden. Duale Ausbildung und dabei auch die Berufsschulbildung sind das Rückgrat der Ausbildung des Großteils unserer Arbeitnehmer und damit des Handwerks, des Gewerbes, der Industrie und des Handels. Um besonders der Jugendarbeitslosigkeit in Bremerhaven entgegenzuwirken und die Zahl der Ausbildungsabbrecher gering zu halten, fordern wir:

- Schülerinnen und Schüler in mehreren verpflichtenden Praxisphasen in Betrieben frühzeitig und verstärkt an Ausbildung und Beruf heranzuführen und so den Übergang ins Berufsleben zu erleichtern.
- Stärkere Verzahnung zwischen der allgemeinen Bildung der Schule und der Berufsausbildung.
- Betriebe weiter fördern, die Ausbildungsplätze schaffen und Azubis übernehmen.
- Die Ausbildung besonders auch im öffentlichen Bereich sollte so breit gestaltet sein,

dass Auszubildende auch in anderen Bereichen eingesetzt werden können, um so die Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu erhöhen.

- Der öffentliche Dienst sollte zunächst die eigenen Auszubildenden bevorzugt einstellen.
- Entwicklung neuer Berufe insbesondere im Dienstleistungsbereich.
- Durchlässigkeit zwischen akademischer und beruflicher Ausbildung.

### ***Lebenslanges Lernen – z.B. mit der Volkshochschule***

Lebenslanges Lernen ist heute wichtiger denn je und wird ausdrücklich von den Liberalen unterstützt. In einer älter werdenden Gesellschaft muss in ganz besonderer Weise auch das Potential und das Wissen der Erwachsenen genutzt, aufgefrischt und erneuert werden. Aufstiegsweiterbildung, Umstiegsweiterbildung und Nachqualifikation, aber auch die allgemeine Weiterbildung zur Stabilisierung werden von uns in ihrer Bedeutung erkannt. Deshalb befürworten wir die Unterstützung von Maßnahmen für Erwachsene, die sich in ihrem Berufsfeld oder darüber hinaus weiterbilden möchten. Die Volkshochschule Bremerhaven leistet in diesem Bereich mit ihrem umfassenden Programm sehr gute Arbeit. Um die Qualität der Fortbildungskurse zu erhalten, die im Rahmen der angespannten Haushaltsmaßnahmen von Kürzungen bedroht sind, plädiert die FDP für eine zweigliedrige Volkshochschule, unterteilt in berufsbezogene Weiterbildungsprogramme und Angebote zur Freizeitgestaltung. Bildungsangebote wie beispielsweise Computer- oder Sprachkurse werden weiter subventioniert, damit jede Bürgerin und jeder Bürger Zugang zu diesen Angeboten erhält und nicht aufgrund einer zu hohen Teilnehmergebühr von Weiterbildungsmaßnahmen ausgeschlossen wird. Bei den Angeboten zur Freizeitgestaltung ist durch die Zweigliedrigkeit eine andere Kostenstruktur möglich, was es der Volkshochschule erlaubt, auch in diesem Bereich die Qualität der Angebote dauerhaft zu sichern.

## **Kultur braucht Freiheit – Bremerhaven braucht Kultur**

Kultur ist ohne Freiheit nicht denkbar. Grundsätzlich ist daher jede Art von staatlicher Einmischung in den Bereich der Kultur abzulehnen, weil sie letztendlich eine Zensur darstellt. Im weiteren Sinne ist Kultur jedoch auch aus liberaler Sicht eine öffentliche Angelegenheit, weil sich erst durch die Gesamtheit aller kulturellen Errungenschaften eine Gesellschaft definiert und identifiziert.

### ***Kultur ist Leben***

Kultur ist nicht das „Sahnehäubchen für gute Zeiten“, sondern Mittelpunkt unseres Lebens. In diesem Sinne verstehen wir Liberale unter Kultur sowohl die sogenannte „Hochkultur“, also die Oper, das Theater, die Orchester, die Museen und Bibliotheken, als auch die „Breitenkultur“ wie Popkultur, Musizieren in Gruppen, Bands, Combos und Vereinen und Phänomene unseres Alltags. Zur Kultur zählen selbstverständlich Architektur, Tanz,

Design, Computer- und Videospiele und vieles mehr. Kultur ist nicht das private Hobby einer kleinen Elite, sondern betrifft alle Menschen. Städte leben von kultureller Vielfalt. Bremerhaven ist reich an Kultur. Kaum eine Stadt von der Größe Bremerhavens hat eine vergleichbare kulturelle Vielfalt anzubieten. Das ist hervorragend und soll auch so bleiben. Darum sagen wir auch uneingeschränkt ja zum Stadttheater!

### ***Kultur von allen***

Kultur soll nicht nur passiv konsumiert werden, sondern muss auch aktiv betrieben werden. Das kulturelle Leitbild einer liberalen Gesellschaft lautet „Kultur von allen“. Dies gilt für das Fördern und Finanzieren ebenso wie für die aktive Teilhabe an der Kultur. „Kultur von allen“ will dem Menschen in der Gesellschaft den Freiraum schaffen, seine persönlichen kulturellen Vorstellungen zu verwirklichen. Auch Kulturförderung steht damit in gemeinsamer Verantwortung von Staat, Bürgern und Wirtschaft.

Insbesondere die Schaffung von Kultur – gleich welcher Art – setzt oft ein hohes Maß an Idealismus und Leistungsbereitschaft voraus. Aus beidem folgt, dass auch wir als Liberale öffentliche Mittel für kulturelle Zwecke vorsehen. Zum einen, um breiten Schichten der Bevölkerung einen Zugang zu einem facettenreichen kulturellen Angebot zu erleichtern, zum anderen, um die Leistungsbereitschaft der Kulturschaffenden anzuerkennen und ihnen die Möglichkeit zu geben, ihre Errungenschaften darbringen zu können. Letztendlich ist das kulturelle Angebot einer Stadt ein wichtiger Standortfaktor, der für die Ansiedlung von Firmen und dem Zuzug von Einwohnern nicht unterschätzt werden darf.

Nun sollen öffentliche Mittel für die Kultur aber nicht als Bezahlung des Staates an die Künstler verstanden werden, sondern lediglich als Anreiz. Auf keinen Fall darf durch die einseitige Vergabe öffentlicher Kultursubventionen eine Bevorzugung bestimmter kultureller Bereiche erfolgen, wie es derzeit oft geschieht. Die Verteilung von Kultursubventionen muss vielmehr äußerst transparent erfolgen und zudem ein Maximum an öffentlicher Zustimmung erhalten. Am besten kann dies durch eine enge Einbindung von Kulturschaffenden und Kulturkonsumenten in den Verteilungsprozess geschehen. Die FDP möchte „den Draht“ der Künstler zur öffentlichen Verwaltung verbessern und somit erreichen, dass sie sich selbst stärker eingebunden fühlen.

## Sport stärken

Der Sport spielt eine immer wichtigere Rolle in unserem Leben, nicht nur im Rahmen der Freizeitgestaltung. Seit jeher vermittelt der Sport soziale Kompetenz. Er ist damit ein beachtlicher Faktor im gesellschaftlichen Miteinander, den wir erhalten müssen. Außerdem öffnet das veränderte Gesundheitsbewusstsein den Sport für immer neue Zielgruppen. Auch diesem Trend müssen wir in Bremerhaven gerecht werden.

Wir brauchen auch im Sportbereich neue moderne Organisationsformen um ein breites Sportangebot kostensparend und effizient aufrechtzuerhalten.

Wir wollen:

- Veranstaltungen für spezielle Zielgruppen fördern (z.B. Senioren und Menschen mit Behinderung).
- Anreize für administrative Zusammenschlüsse von kleineren Vereinen schaffen.
- Aktionsprogrammen zur Weiterentwicklung des Freizeitsports unterstützen (Inlinernacht, Citylauf, etc.).
- Sportvereine bei Einführung neuer Sportarten unterstützen.
- Vernetzung zwischen Vereinen, Kindergärten, Schulen, Hochschulen und der Stadt optimieren.
- Hallen- und Badbenutzungsgebühren senken und die Nutzungszeiten in Bad 3 optimieren.
- Freibad Grünhöfe weiterentwickeln.
- Ausreichende Kostenzuschüsse für ehrenamtliche Helfer und Pfleger der Sportstätten.
- Einen Sponsorenpool unter der Führung des Kreissportbundes Bremerhaven bilden.

## Gesundheit verbessern, fördern und sichern

Viele der gesundheitlichen Problemlagen der Bürgerinnen und Bürger in Bremerhaven entstehen vor Ort und sind oftmals von den örtlichen Gegebenheiten und der Bewohnerstruktur in den Stadtteilen abhängig.

Um den Handlungsbedarf zu erkennen, werden wir unser Augenmerk besonders auf die öffentliche Daseinsvorsorge, die wohnort- und zeitnahe medizinische Versorgung, die demografische Entwicklung und deren Auswirkung auf die Pflege bei Pflegebedürftigkeit, der Versorgung Kranker in Krisensituationen und einer Gesundheitserziehung, die auf eine gesündere Lebensweise mit ausgewogener Ernährung und sportlichen Aktivitäten hinarbeitet, richten.

Hierbei kommt es besonderes darauf an, aus gegebenen Erkenntnissen und ergänzenden Bestandsaufnahmen Strategien weiter zu entwickeln, um die Verhältnisse und das Handeln vor allem in den Stadtteilen, in der Umwelt und Verkehr nachhaltig zu verbessern. Das Ziel, zu einer gemeinschaftlichen Lösung zu kommen, kann nur erreicht werden,

wenn es gelingt, die Kräfte und Mittel in der Stadt zu bündeln und zu vernetzen.

Das Gesundheitsamt Bremerhaven übernimmt hierbei die „Federführung“ und die weitgehende Aufgabe, für erkannte Gesundheitsprobleme Lösungen anzubieten. Hierzu muss das Gesundheitsamt so strukturiert und personell (ärztlicher und nichtärztlicher Anteil) in der Lage sein, unterschiedliche gesundheitliche Risiken in unterschiedlichsten Lebenslagen zu bearbeiten, das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung zu beeinflussen, für die Versorgung chronisch Kranker und Menschen in Krisensituationen Sorge zu tragen oder auch umwelthygienische Probleme anzugehen. Zur Bewältigung dieser Aufgaben muss das Gesundheitsamt über die Kernbereiche Gesundheitsberichterstattung, Gesundheitshilfen, Gesundheitlicher Umweltschutz, Gesundheitsförderung, Gesundheitsselbsthilfe/Selbsthilfeförderung, Gesundheitskonferenzen, Moderations-, Regie- und Steuerungsfunktion verfügen.

Dieser Auftrag kann nur Erfolg haben, wenn es gelingt, auch in Zukunft qualifiziertes Personal den Anforderungen entsprechend zu beschäftigen.

Hieran besteht große Sorge, weil besonders das Auseinanderdriften der Gehaltstarife dafür verantwortlich ist, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst für qualifizierte und engagierte Fachärzte nicht mehr attraktiv ist.

Das Gesundheitsamt ist auf dem Bewerbermarkt nicht mehr konkurrenzfähig. Es steht im Konkurrenzdruck zu den Krankenhäusern, die massiv durch weit bessere Tarife sowie lukrative Angebote um Ärzte werben. Diese Situation kann nur durch eine Angleichung der Tarife gelöst werden.

Daher fordern wir, dass das Arbeiten im Gesundheitsamt grundlegend attraktiver gestaltet wird, um entsprechend hoch motiviertes Fachpersonal einstellen und auf Dauer halten zu können.

#### ***Stationäre und ambulante Versorgung:***

Die Sicherstellung einer qualitativ hochwertigen und wirtschaftlichen medizinischen Krankenhausversorgung ist ein wichtiger Baustein der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb unterstützen wir die Um- und Erweiterungsbauten sowie die Errichtung eines Gesundheitsparks am Klinikum Bremerhaven Reinkenheide und die Idee der Kooperation einzelner Bremerhavener Kliniken, um dauerhaft tragfähige Strukturen zu schaffen und zu kostensenkenden Effekten und zu Synergien zu kommen. Obwohl immer mehr Patientinnen und Patienten gerade bei komplexeren ambulanten Behandlungen gerne auf die Möglichkeiten und die Infrastruktur einer Klinik zurückgreifen, werden wir darauf achten, dass bei einem Einstieg oder Ausbau der Kliniken in die ambulante Versorgung die wohnortnahe ärztliche Versorgung durch freiberufliche Ärztinnen und Ärzte nicht gefährdet wird.

#### ***Versorgung psychisch Kranker und Kinder in Krisensituationen***

Wir werden bei der medizinischen Versorgung von Kindern in Krisensituationen darauf achten, dass die berechnete Forderung nach ausreichenden Behandlungsplätzen in einer Tagesklinik sowie vollstationären Plätzen in einer Kinder- und Jugendpsychiatrie weiter

verbessert wird. Weiterhin halten wir an den Plänen zur Einrichtung des Mutter-Kind-Zentrums in Bremerhaven fest.

Die Zahl der psychisch kranken Menschen, die auf soziale Hilfe angewiesen sind, wächst. Psychisch Kranke leben noch immer abseits der Gesellschaft, obwohl viele nach entsprechender Behandlung wieder selbstständig leben und arbeiten können. Sie benötigen dafür längerfristig oder vorübergehend Unterstützung. Deshalb sind ortsnahe psychiatrische Versorgungsangebote weiter auszubauen und die Vernetzung von medizinischen und psychologischen Angeboten konsequent umzusetzen.

### ***Pflegebedürftigkeit:***

Schon heute ist klar, dass wir mit einem stark wachsenden Hilfebedarf und einer stark zunehmenden Zahl Pflegebedürftiger rechnen müssen. Immer Ältere werden immer mehr Ältere pflegen.

Gleichzeitig werden die gesellschaftlichen Hilfepotentiale zurückgehen, auch bedingt durch den Wandel der Familien- und Haushaltsstrukturen. Dies hat zur Folge, dass der Bedarf an Einrichtungen für die Altenbetreuung und Altenpflege und die damit verbundenen Kosten zunehmen werden. Wir wollen mit gezielten Strategien in den Bereichen Wohnungsbau, Stadtentwicklung, Verkehrs- und Infrastrukturpolitik, Sozial- und Kulturpolitik, Bildung, Sport und Freizeit die „Stadt“ altengerecht und somit zukunftsfähig machen. Wir wollen dadurch ein einträchtiges Zusammenleben der verschiedenen Generationen sichern und ältere Menschen ein selbstbestimmtes Leben solange wie möglich führen lassen, damit ältere Menschen möglichst lange in ihrer vertrauten Umgebung wohnen bleiben können. Vermieter, die altengerechte Hilfen planen und anbieten, sollen unterstützt werden.

Um genügend Fachkräfte für die Altenpflege zu finden, muss der Pflegeberuf attraktiver gestaltet werden. Wir werden uns für den Abbau überschweifender Bürokratie einsetzen, die den Pflegenden zu wenig Zeit für ihre eigentliche Arbeit, die Arbeit mit den Menschen, lässt. Darüber hinaus erfordern die gestiegenen fachlichen und persönlichen Anforderungen an Pflegenden auch eine Veränderung in der Ausbildung. Wir unterstützen das Modellkonzept einer gestuften und modularisierten Altenpflegequalifizierung.

Die Verminderung von Zugangsbarrieren und ein durchlässiges Qualifizierungssystem eröffnet allen Bildungsgruppen den Zugang in die Altenpflege. Besonders für gering qualifizierte Mitarbeiter ergeben sich verbesserte Möglichkeiten der Aus- und Weiterbildung, da die einzelnen Qualifizierungen aufeinander aufbauen. Das gestufte Qualifikationssystem bietet den Beschäftigten die Möglichkeit zum lebenslangen Lernen.

Wir wollen, dass pflegebedürftige Menschen so lange wie möglich in ihrem angestammten sozialen Wohnumfeld leben können. Dabei soll in erster Linie darauf hingewirkt werden, dass die häusliche Grundpflege sowie die hauswirtschaftliche Versorgung von Angehörigen übernommen wird.

Zur Steigerung der Lebensqualität gehört auch, dass öffentlicher Raum von Hindernissen

für pflegebedürftige Menschen und Senioren befreit wird. Dazu gehören besonders der Abbau bürokratischer Hindernisse und auch mehr Klarheit in dem Dickicht von Rechtsnormen und Anspruchsgrundlagen.

### ***Sterbebegleitung / Hospize:***

Im Hinblick auf die demografische Entwicklung ist der Ausbau der palliativmedizinischen Versorgungsstruktur sowohl im ambulanten als auch im stationären Bereich notwendig. Das Wegbrechen familiärer Versorgungsstrukturen sowie die hiermit einhergehende Änderung sozio-demografischer Faktoren, zum Beispiel die zunehmende Anzahl von Ein-Personen-Haushalten und die steigende Frauenerwerbsquote, erfordern den Ausbau professioneller Versorgungsstrukturen. Nur so kann dem Wunsch der meisten Sterbenskranken Rechnung getragen werden, zu Hause in ihrer vertrauten Umgebung versorgt zu werden. Neben der ambulanten Hospizbetreuung und der Versorgung Sterbender in Pflegeheimen sind in beschränktem Umfang auch stationäre Hospize und Kinderhospize notwendig. Nämlich dann, wenn die Versorgung zu Hause nicht zu leisten ist. In diesen Einrichtungen werden dann Sterbende in selbständigen, kleinen Einrichtungen mit familiärem Charakter und dem eigenständigen Versorgungsauftrag gepflegt und auf ihrem letzten Weg begleitet.

Im Kinderhospiz werden nicht nur die kleinen Patienten, sondern auch ihre Eltern und Geschwister betreut. Der Betreuungsaufwand ist hier besonders groß: Es muss Platz und Wohnraum für die Familien geben, die emotionale und psychosoziale Betreuung der gesamten Familie muss ebenso gewährleistet sein wie die palliative Betreuung des kleinen Patienten. Freizeitaktivitäten und schulische Verpflichtungen der begleitenden Geschwister müssen berücksichtigt werden. Aber auch Spiel, Spaß und Lachen sollen trotz allem Kummer nicht zu kurz kommen.

Wir werden uns weiterhin für die Einrichtung dieser Hospize in Bremerhaven einsetzen!

### ***Drogen***

Die Berichte des Suchtberatungszentrums Psychosoziale Betreuung zeigen, dass es eine drogenfreie Gesellschaft nicht geben wird. Unabhängigkeit und Suchtfreiheit sind aber die Grundlagen einer freien eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Prävention und ausstiegsorientierte Angebote werden die Schwerpunkte der Drogenpolitik der FDP Bremerhaven sein. Insbesondere für junge Menschen ist die Gefahr, in Abhängigkeit von Drogen zu geraten, allgegenwärtig. Neben den so genannten harten Drogen wie Heroin, Ecstasy und Kokain stellen Cannabis, Alkohol, Nikotin und Tabletten ein noch größeres Problem dar.

Dabei beginnt Prävention bereits beim Vorbild der Eltern. Darüber hinaus spielen Aufklärung und Prävention an Kindergärten und Schulen eine bedeutende Rolle. Dabei geht es nicht um Verbote und Strafen, sondern um den Grundsatz: „Macht Kinder und Jugendliche stark, denn wer selbstbewusst ist, kann leichter NEIN sagen.“

### ***Förderung des Gesundheitsbewusstseins***

Eine gesunde Lebensweise mit ausgewogener Ernährung und sportlichen Aktivitäten sind die Maßnahmen die in der Gesundheitserziehung Vorrang haben müssen.

Viele Kinder und Jugendliche werden durch ein „falsches“ Gesundheitsverhalten der Erwachsenen entscheidend in ihrer späteren Gesundheitsentwicklung beeinflusst.

Deshalb ist es wichtig, dass rechtzeitig Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Lage und des Gesundheitsverhaltens von Kindern und Jugendlichen getroffen werden. Wir werden uns dafür einsetzen, dass bereits in dem Lebensumfeld Kindertagesstätte, Schule und Familie entsprechende präventive Gesundheitsmaßnahmen – stärker noch als es bisher schon der Fall ist – angeboten und durchgeführt werden.

## **Zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik**

Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik verstärkt für leistungsbereite Menschen als Hilfe zur Selbsthilfe ausrichten. Dazu fordern wir die Breitstellung einer leistungsstarken und anpassungsfähigen Trägerlandschaft. Außerdem setzen wir uns für die Förderung von Unternehmen mit dem höchsten Wertschöpfungspotential ein.

Bei Langzeitarbeitslosen soll das Prinzip des Förderns und Forderns fortgesetzt werden, um die Menschen auf die Ansprüche des ersten Arbeitsmarktes vorzubereiten, damit sie dort nachhaltig Fuß fassen können. Dabei soll den Wünschen und Vorstellungen der arbeitslosen Menschen entsprochen werden. Die notwendigen Qualifizierungen sollen flexibel nach den aktuellen Erfordernissen des Arbeitsmarktes und individuell nach den persönlichen Neigungen und Fähigkeiten erfolgen. Voraussetzung ist eine leistungsstarke und anpassungsfähige Trägerlandschaft mit Qualifizierungs- und Beschäftigungsangeboten, welche auf dem freien Markt miteinander konkurrieren.

Wir unterstützen eine Wirtschaftsförderung, wodurch mehr Arbeits- und Ausbildungsplätze im Bereich des regionalen Kleingewerbes und im ortsansässigen Handwerk geschaffen und erhalten werden. Bei diesen Unternehmen sehen wir ein hohes Wertschöpfungspotential in Bremerhaven.

Wir streben an, dass Qualifikationen bzw. Berufsabschlüsse, die im Ausland erworben wurden, vollwertig anerkannt werden. Gegebenenfalls sind sie mit notwendigen Ausbildungsteilen zu ergänzen. Auch eine Prüfung der theoretischen und praktischen Kenntnisse vor der Industrie- und Handelskammer oder Handwerkskammer kann erforderlich sein. Dazu müssen entsprechende Vorbereitungskurse vorgehalten werden. Wir fordern, dass Besitzer von selbst genutzten Eigenheimen, die im Bezug von Sozialhilfe oder Arbeitslosengeld II stehen, nicht mehr benachteiligt werden. Daher wollen wir eine Verbesserung bei den anrechenbaren Kosten der Unterkunft von selbst genutzten Eigenheimen erreichen, indem neben den Zinsen auch die Tilgungsleistungen bei Baukrediten bedarfserhöhend angerechnet werden, sofern das selbst genutzte Eigenheim geschütztes Vermögen darstellt. Dies dient gleichzeitig der sozialen und finanziellen Absicherung der Familie, besonders die Kinder können dann im angestammten Wohnumfeld bleiben, was für deren

positive Entwicklung förderlich ist. Das Gleiche gilt auch bei angemessenen selbst genutzten Eigentumswohnungen.

## **Menschen mit Behinderungen fördern**

Wir wollen behinderte Menschen integrieren und fördern. Auch ihnen muss die Chance gegeben werden, am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben und ihre Talente frei zu entfalten. Wir wollen nicht über ihre Köpfe hinweg entscheiden, sondern gemeinsam mit ihnen und ihren Interessenverbänden. Wir wollen ihnen ein Leben im gewohnten Umfeld ermöglichen und pflegende Familien gezielt unterstützen. Behinderte Menschen sollen in der eigenen Wohnung leben können und einer sozialversicherungspflichtigen Arbeit oder tagesstrukturierenden Beschäftigung nachgehen können. Zur Steigerung der Lebensqualität gehört auch, dass öffentlicher Raum barrierefrei gestaltet wird und betreute Wohnangebote in ausreichender Form vorhanden sind. Benachteiligungen aufgrund der Behinderung sollen vermieden oder ihnen entgegengewirkt werden.

Es gilt der Grundsatz: ambulante Betreuung vor stationärer Versorgung. Hierbei ist das ambulante Betreuungs- und Beschäftigungssystem für behinderte Menschen zu stärken. Die unbürokratische Bereitstellung eines persönlichen Budgets ist verschärft voranzutreiben. Das dazu nutzbare Angebot an Leistungsanbietern muss dabei stark vergrößert werden.

Zur Steigerung der Lebensqualität gehört auch, dass öffentlicher Raum von Hindernissen für behinderte Menschen befreit wird. Daher setzen wir uns besonders für die Schaffung einer zentralen Beratungsstelle im Sozialamt ein. Dort sollen der behinderte Mensch und seine Angehörigen vor Ort über die gesetzlichen Ansprüche und die dafür zuständigen Rehabilitationsträger aufgeklärt sowie bei der Organisation, Umsetzung und Inanspruchnahme der Eingliederungshilfe unterstützt werden. Auch eine Begleitung im Antragsverfahren gehört dazu. Damit werden Reibungsverluste bei der Suche nach dem richtigen Rehabilitationsträger sowie bei der Gewährung von Rehabilitationsleistungen vermieden. Mithin entsteht ein wertvoller Zeitgewinn, um eine qualifizierte Hilfeplanung gewährleisten zu können.

Aufgrund der erfreulich guten medizinischen Versorgung wird der Personenkreis der älteren Menschen mit Behinderung mit einem Lebensalter von über 60 Jahren immer größer. Daher fordern wir, dass entsprechende Anstrengungen unternommen werden, damit genügend tagesstrukturierende Angebote zur weiteren Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft für diesen Personenkreis verfügbar sind.

## **Politik für und mit Senioren**

Senioren wollen wir es ermöglichen, im Alter aktiv und selbst bestimmt zu leben. Der Anteil der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung wächst stetig. Diese Entwicklung

sehen wir als Ansporn für eine neue Seniorenpolitik. Wir wollen Senioren aktiv einbinden und denjenigen konkrete Hilfe leisten, die ihr Leben nur noch eingeschränkt aus eigener Kraft bewältigen können. Unser Ziel ist ein Miteinander der Generationen. Wir begrüßen die Einrichtung von Seniorenresidenzen und Wohngemeinschaften und wollen Seniorenvertretungen stärker einbinden. Bremerhaven sollte sich durch seniorenfreundliche Stadtteile profilieren. Dazu gehört auch, dass die Kooperation aller relevanten Einrichtungen verstärkt werden muss.

Wir setzen uns für eine bessere Wertschätzung der älteren Menschen ein, indem es ihnen ermöglicht wird, aktiv und selbst bestimmt am Leben in der Gemeinschaft teilhaben zu können. Die Fähigkeiten und Möglichkeiten der älteren Menschen sollen besser der örtlichen Gemeinschaft zu Gute kommen. Daher wollen wir erreichen, dass die Lebens- und Berufserfahrung der älteren Menschen in ehrenamtlicher Form an die nachfolgenden Generationen weitergegeben werden.

## **Starke Finanzen und eine starke Wirtschaft**

### ***Weniger Bürokratie***

Anders als andere Parteien heißen wir es nicht gut, dass durch staatliche und halbstaatliche Institutionen alles geregelt und vereinheitlicht wird. Vielfalt ist Kraftquelle einer Gesellschaft und muss erhalten bleiben. Sie setzt Kräfte frei, die es uns ermöglichen, besser zu sein als andere. Bürokratie schränkt viele von uns ein. Sie lähmt und demotiviert. Wir wollen sie auf ein notwendiges Maß reduzieren, weil wir der Überzeugung sind, dass der Abbau von Bürokratie, die Vereinfachung von Verwaltungsprozessen sowie die Senkung von Steuern Wachstum bringen und Arbeitsplätze schaffen werden.

Unser Motto lautet „Weniger Staat, mehr Individuum“. Die persönliche Freiheit der Bürgerinnen und Bürger ist in den vergangenen Jahrzehnten immer mehr verloren gegangen. Immer mehr Bereiche des täglichen Lebens und der persönlichen Lebensplanung werden von staatlichen Eingriffen erfasst. Die Einschränkung persönlicher Freiheit aber führt nicht nur zu einem Verlust an Glück und Lebensfreude, sondern auch zur Abnahme von Motivation und Leistungsfähigkeit, zum Rückgang von Individualität und Kreativität. Grundsätzlich muss es daher das Ziel einer liberalen Fraktion sein, den Staat aus dem persönlichen Bereich zurückzudrängen und auf seine Kernaufgaben und -kompetenzen zu beschränken.

Zu unseren konkreten Maßnahmen in diesem Bereich zählen:

- Bürokratiebelastungen, die Handwerker, Einzelhändler und andere Unternehmer hemmen, zu senken. Dazu gehört, dass z.B. die Verpflichtung, Statistiken zu erstellen, weitgehend reduziert wird. Ferner sollte systematisch geprüft werden, wo staatliche Aufgaben auf private Unternehmen oder Verbände übertragen werden können. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der finanziellen Lage des Landes ist eine Privatisierungsstrategie

zu entwickeln.

- Abschaffung der Zwangsmitgliedschaft der Arbeitnehmer in der Arbeitnehmerkammer, die ohnehin ein Bremer Absurdum darstellt. Auch im gewerblichen Bereich setzen wir uns für eine ausschließlich freiwillige Mitgliedschaft in den Kammern ein. Die Frage der Arbeitnehmerkammer wird sich dann ohnehin von selbst erledigen, während die Industrie- und Handelskammer sowie die Handwerkskammer sich dann endlich wieder hin zu jenen „Servicebetrieben“ für ihre Mitglieder entwickeln würden, als die sie heute eigentlich fungieren sollten.
- Institutionen und Verwaltungsabläufe müssen bürgerfreundlicher gestaltet werden. Auch im Süden der Stadt brauchen wir eine Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger.

Freiheit bedeutet auch Verantwortung. Der „freie Bürger“ wird sich dieser Verantwortlichkeit aber stellen, und seine zurück gewonnene Freiheit zu seinem eigenen Wohle und damit zum Wohle der Gesellschaft zu nutzen wissen. Es gilt, Ängste von Menschen ernst zu nehmen und nicht Ängste zu schüren. Politische Randerscheinungen dürfen keine Chance bekommen. Gerade unsere Seestadt braucht eine politische Mitte.

### ***Solide Finanzen***

Bremerhaven befindet sich in einer außerordentlich problematischen Situation. Unserer Haushalte sind schon lange nicht mehr verfassungskonform, nach unserer Auffassung also ungesetzlich. Bremerhaven ist zu Lasten unserer Kinder und Enkel hoch verschuldet. Es muss in der Haushaltspolitik also ein neuer Weg eingeschlagen werden.

Unser Vorschlag ist es, einen interfraktionell besetzten, kleinen Unterausschuss einzurichten, der nachhaltige Einsparvorschläge erarbeitet. Wir müssen den Mut haben, den gesamten Konzern Bremerhaven, das heißt, die Verwaltung und all ihre städtischen Gesellschaften und Untergesellschaften auf den Prüfstand zu stellen und zu schauen, welche Aufgaben die Stadt zukünftig nur noch wahrnehmen kann und muss. Oberstes Ziel unserer Finanz- und Wirtschaftspolitik muss die Rückkehr zu verfassungskonformen Haushalten sein. Wir brauchen eine Verringerung der Zahl der städtischen Gesellschaften durch Zusammenlegung und echte Privatisierung, eine Reduzierung der Zahl der Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften, eine Reduzierung der Zahl der Magistratsmitglieder und eine radikale Verschlankung der Verwaltung. Wir brauchen eine transparente und bürgernahe Politik, wir brauchen weniger Bürokratie.

Dringend brauchen wir eine nachhaltige Investitionspolitik, um langfristig auch die Einnahmenseite zu erhöhen. Bremen spart hier zu Lasten Bremerhavens. Wichtige Straßenbau und Hafenprojekte dürfen nicht weiter behindert werden, auch bedarf die Verkehrssituation in unseren Häfen gezielter Investitionen.

Trotz allem: Die Kommunalpolitik alleine kann die Finanzen Bremerhavens nicht mehr retten. Fast alle deutschen Kommunen befinden sich, freilich nicht immer ganz so dramatisch wie Bremerhaven, in einer nicht mehr tragbaren Haushaltslage. Ohne eine grundlegende

Steuerreform, ohne eine Föderalismuskommission III kann sich unsere Lage nicht maßgeblich verbessern.

Wichtig ist darüber hinaus, dass endlich das strikte Konnexitätsprinzip – „Wer bestellt, bezahlt“ – verankert wird, auch auf Landesebene. Nur so kann Bremerhaven von dem Druck befreit werden, ständig neue Aufgaben zu erfüllen und dafür auch noch finanziell aufkommen zu müssen. Ferner braucht es zukünftig klarer Entscheidungen wie die Lasten aus dem Sozialbereich zu verteilen sind. Hier drückt sich der Staat bisher vor der Verantwortung.



**Kontakt:**

**FDP Bremerhaven  
Hafenstraße 1  
27576 Bremerhaven  
Tel.: 0471 41 30 21  
Fax: 0471 41 40 20**

**E-Mail: [info@fdp-bremerhaven.de](mailto:info@fdp-bremerhaven.de)  
Internet: [www.fdp-bremerhaven.de](http://www.fdp-bremerhaven.de)**